PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH !

Rote Fahne

TRIBÜNE DER MARXISTEN-LENINISTEN IN DER KPÖ

Nr.28 15. Jänner 1965 Einzelpreis S 3,-

DER WEG ZUM SOZIALISMUS UND DAS MEHRPARTEIENSYSTEM

Fürnbergs Absage an den Marxismus

VON ARMIN FREUDMANN

Infolge des Umfangs der vorliegenden Studie und der Inanspruchnahme unserer bescheidenen technischen Einrichtungen durch die Vorbereitung einer in Kürze erscheinenden Sondernummer, die sich mit der Lage in Jugoslawien beschäftigt, tritt die gegenständliche Veröffentlichung an die Stelle der Ausgabe der "ROTEN FAHNE" vom 15. Jänner. DIE REDAKTION

In seinem Artikel "Das Mehrparteiensystem im Kapitalismus und im Sozialismus", der den Revisionisten so bedeutend erscheint, daß sie ihn sowohl in der Zeitschrift "Probleme des Friedens und des Sozialismus" (Nr.11/64) als auch in "Weg und Ziel" (11/64) abgedruckt haben, betätigt und bestätigt Friedl Fürnberg sich als "schöpferischer Weiterentwickler". Was er aber "schöpferisch weiterentwickelt", ist nicht der Marxismus-Leninismus, sondern der kleinbürgerliche Reformismus und Opportunismus von Bernstein und Kautsky.

Gegen einen von ihm selbst erfundenen "Vulgärmarxismus" polemisierend entwickelt Fürnberg nachstehende "neue" Theorie:

> Um auf friedlichem Weg zum Sozialismus zu gelangen, streben "wir" - Fürnberg spricht von "wir", wenn er sich und seine revisionistischen Gesinnungsgenossen meint - "ein festes, lang dauerndes Bündnis" mit jenen politischen Parteien an, "die sich auf Mittelschichten oder Teile der Arbeiterschaft stützen". Diese Parteien müssen dazu laut Fürnberg nicht unser Programm annehmen, weil sie "in ihren eigenen Programmen soziale Forderungen und Ziele vertreten, die es unserer (d.h. Fürnbergs) Meinung nach möglich machen, die Grundlagen des Sozialismus aufzubauen". Obwohl die Leitungen dieser Parteien meist "zutiefst und ehrlich davon überzeugt" sind, daß sie die Interessen der "Schichten, auf die sie sich stützen", "auf die bestmögliche Weise" vertreten, sind ihre "sozialen Programme bisher zu einem großen Teil nur auf dem Papier geblieben", weil sie "ihren Hauptfehler, die Vertrauensseligkeit gegenüber den Kapitalisten" noch nicht überwunden haben. Heute handle es sich vor allem "darum, diese kleinbürgerlichen Parteien davon zu überzeugen, daß sie durch ein Bündnis mit der Arbeiterklasse und der Kommunistischen Partei diese sozialen Programme verwirklichen können". Das sei heute auch deswegen möglich, weil diese Parteien "in dieser oder jener Weise von den Ideen des Sozialismus beeinflußt oder sogar mehr oder weniger erfaßt" werden. "Wenn die Arbeiterklasse die Herrschaft im Staat innehat", wird es jetzt möglich sein, "daß sich neue Formen der Zusammenarbeit der demokratischen Parteien im Volk und im Parlament entwickeln". Dieses "Mehrparteiensystem im Sozialismus" müsse nicht "unbedingt und naturnotwendig so verwirklicht werden, daß alle bestehenden Parteien in der Regierung vertreten sind, daß sie durch eine überparteiliche Organisation (Volksfront, Vaterländische Front usw.) zusammengeschlossen sein müssen und nur in Form dieser überparteilichen Organisation an Wahlen teilnehmen können".
>
> Was den ökonomischen Charakter des solcherart auf friedlichem Weg aufgebauten Sozialismus betrifft, "sind wir (also Fürnberg und seine Freunde) für eine gemischte Wirtschaft" (S.642, WuZ 1964). Es werde "also noch eine lange Zeit...der private Sektor in der Wirtschaft weiterbestehen" - im Gegensatz zu Rußland, wo "in dieser Hinsicht ernste Fehler zugelassen wurden, die zum großen Teil durch Erscheinungen des Personenkults hervorgerufen wurden".

Das ist in großen Zügen Fürnbergs "neue" Theorie. Es ist im wesentlichen die alte revisionistische Theorie, die dem revolutionären

Sturz des Kapitalismus dessen allmähliche und friedliche Überwindung und dem revolutionären Kampf der Arbeiterklasse unter Führung einer marxistisch-leninistischen Partei die "Zusammenarbeit aller demokratischen Parteien" entgegenstellt. Neu ist an dieser Theorie nur das Mäntelchen. Haben die Revisionisten früher die Richtigkeit ihrer Behauptungen damit zu beweisen versucht, daß sie - auf die damaligen Errungenschaften der Arbeiterbewegung hinweisend (allgemeines Wahlrecht, parlamentarische Vertretungen usw.) - erklärten, jetzt sei es nicht mehr nötig, den Kampf auf der Straße auszufechten, so erklärt heute Fürnberg (wie alle modernen Revisionisten) die Existenz des sozialistischen Lagers zu jenem Zaubermittel, das die gewaltsame Revolution ersparen könne. Dieser Mißbrauch wird umso klarer, je genauer man die einzelnen Bausteine seines revisionistischen Gedankenluftschlosses untersucht. Das soll im folgenden geschehen.

WESEN UND ROLLE POLITISCHER PARTEIEN

Vor nicht ganz eineinhalb Jahren - knapp vor seiner offenen Wendung zum militanten Revisionismus - befaßte Fürnberg sich in seiner Broschüre "Kommunismus in der Welt von heute" mit dieser Frage. Damals schrieb er noch:

> "Parteien wurden immer gebildet, wenn es darum ging, wesentliche Interessen einer Gruppe von Menschen gegenüber anderen durchzusetzen. Parteien sind also immer Interessenvertretungen entweder von Klassen oder von bestimmten Teilen von Klassen." (Broschüre, Seite 48).

Diese im großen und ganzen richtige Definition besagt, daß jede Partei in jeder wesentlichen Frage eine bestimmte, ihrem Klassencharakter entsprechende Haltung einnehmen wird.

Wovon aber hängt der Klassencharakter einer Partei ab?

Offenbar nicht von der klassenmäßigen Zusammensetzung ihres Anhangs, nicht von der Klassenzugehörigkeit ihrer Mitglieder, Sympathisierenden und Wähler! Hinge sie nämlich davon ab, dann gäbe es in keinem kapitalistischen Land eine Partei der Kapitalisten. Denn bekanntlich stellen die Kapitalisten selbst in jeder, auch in der reaktionärsten Partei, zahlenmäßig nur eine verschwindende Minderheit dar. Und wenn es andererseits in den meisten kapitalistischen Ländern zwei (in manchen Ländern sogar mehrere) Parteien gibt, die sich vor allem auf Anhang in der Arbeiterklasse stützen - sind sie deswegen schon Parteien der Arbeiterklasse? Schließlich: Wie könnte man dann den Klassencharakter von Parteien erklären, in denen es (wie z.Bsp. in der ÖVP) Angehörige aller Klassen und klassenmäßigen Schichten (Kapitalisten, Großgrundbesitzer, Arbeiter, Angestellte, werktätige und Großbauern, Kleingewerbetreibende und Großindustrielle usw.) gibt?

Der Klassencharakter einer Partei findet - wie Fürnberg vor eineinhalb Jahren noch genau wußte - darin seinen Ausdruck, "<u>wem ihre Politik dient</u>, die Interessen welcher Klassen oder Gruppen sie vertritt". (Broschüre, Seite 48).

Hinzuzufügen wäre nur, daß der Klassencharakter einer Partei erst dann richtig beurteilt werden kann, wenn man die Haltung der betref-

fenden Partei zu den G r u n d i n t e r e s s e n der Klassen untersucht. Wenn die SP beispielsweise in einer Tagesfrage mehr oder weniger entschieden gewisse Interessen der Arbeiter vertritt (was letzten Endes von dem Druck abhängt, den die Kampfentschlossenheit der Arbeiter auf sie ausübt), ist sie deswegen ihrem Klassencharakter nach noch lange keine Arbeiterpartei. Ebensowenig ist die ÖVP eine Partei der kleinen Bauern, wenn sie gewisse wirtschaftliche Tagesinteressen der kleinen Bauern aufgreift, die einen bedeutenden Teil ihrer Mitglieder und Wähler stellen.

Der Klassencharakter einer Partei wird im Grunde erst klar erkennbar, wenn man ihre Haltung zur e n t s c h e i d e n d e n F r a g e des Klassenkampfs in unserer Zeit untersucht:

> Ist die Partei für die Erhaltung des Kapitalismus oder für seinen Sturz und seine Ersetzung durch die sozialistische Gesellschaftsordnung? Noch deutlicher und auf das Wesentliche zugespitzt heißt das: Ist die Partei für die Erhaltung der Herrschaft der Bourgeoisie, der versteckten (bürgerliche Demokratie) oder offenen Diktatur des Monopolkapitals (Faschismus) - oder ist sie für die Errichtung der Herrschaft des Proletariats, also für die DIKTATUR DES PROLETARIATS ?

Erst bei einer solchen Fragestellung, die alles Nebensächliche beiseite läßt und die Hauptsache in den Mittelpunkt stellt, wird der Klassencharakter einer Partei erkennbar. Aus dieser Fragestellung ergibt sich:

> Nur eine Partei, die energisch für die Beseitigung des Kapitalismus, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats und für den Aufbau einer von den kapitalistischen Ausbeutern befreiten, sozialistischen Gesellschaft kämpft, ist ihrem K l a s s e n c h a r a k t e r nach eine Partei des Proletariats, eine Partei der Arbeiterklasse.

Eine Partei, die diese Ziele ablehnt, ist ihrem Klassencharakter nach keine Partei der Arbeiterklasse und dient - direkt oder indirekt, bewußt oder unbewußt, aber jedenfalls o b j e k t i v - den Interessen der Bourgeoisie. Gerade eine solche objektive Rolle aber kann eine Partei erst dann wirkungsvoll erfüllen, wenn es ihr gelingt, ihren w a h r e n Klassencharakter zu v e r b e r g e n. Das war vor eineinhalb Jahren auch noch Fürnbergs Ansicht, als er in seiner Broschüre schrieb:

> "Die meisten Parteien allerdings sagen, daß sie angeblich das Interesse a l l e r Staatsbürger vor Augen haben, daß sie - und nur sie - die wahren Interessen des Landes verteidigen. Sie wollen und können auf diese Weise, mit dieser Tarnung, erfolgreicher ihre Ziele verwirklichen, die letzten Endes immer nur einer bestimmten Klasse dienen." (S.48)

Daß Fürnberg hier unter der "bestimmten Klasse" nicht die Arbeiterklasse, sondern die K a p i t a l i s t e n versteht, geht aus dem Zusammenhang klar hervor. Ja, so ein vulgärer "Vulgärmarxist" war Fürnberg selber noch vor eineinhalb Jahren! Aber e r hat sich "entwickelt", denn jetzt schreibt er:

> "Der Vulgärmarxismus erklärt alles ganz einfach: Die Bourgeoisie benützt alle politischen Parteien, außer den kommunistischen Parteien, zur Ausübung oder zur Tarnung ihrer Herrschaft, und die Leitungen dieser Parteien sind direkte oder indirekte Agenturen der Bourgeoisie (S. 639)... Dieses Schema war i m m e r unrichtig". (S 640).

Also war es auch vor eineinhalb Jahren unrichtig ? Und doch hat Fürnberg damals - und in den vorhergehenden drei Jahrzehnten - gerade das gelehrt. Hat er schon damals selbst nicht mehr an das geglaubt, was er gesagt hat? Warum soll man ihm dann aber heute das glauben, was er heute sagt? Oder hat er sich damals nur geirrt ? Wenn ja, wer weiß dann, ob er sich nicht schon wieder "irrt" ? Welche Garantie hat man bei ihm, daß er nicht morgen schon wieder jene als "Vulgärmarxisten" abkanzeln wird, die nun das glauben, was er heute als den letzten Schrei des "schöpferisch weiterentwickelten Marxismus" verkündet?

Es kommt allerdings nicht darauf an, welche der beiden einander widersprechenden Auffassungen man Fürnberg als richtig abnehmen soll, sondern nur darauf, welche wirklich richtig i s t. Und richtig ist die vor eineinhalb Jahren vertretene Auffassung.

Fürnberg weiß natürlich, daß man von einem Theoretiker, der so rasch so grundlegende Meinungsänderungen vornimmt, nicht viel halten wird. Deshalb hat er auch eine "Theorie" zur Hand, die erklären soll, warum er seine früheren Theorien nicht mehr brauchen kann:

> "Es ist also klar, daß die Einschätzung einer politischen Partei und unser Verhalten zu ihr zu v e r s c h i e d e n e n Z e i t e n s e h r u n t e r s c h i e d l i c h ist, weil ja die Parteien unter dem Einfluß der historischen Entwicklung Ä n d e r u n g e n u n t e r w o r f e n sind, die o f t s e h r w e s e n t l i c h sind... Einerseits macht das Monopolkapital alle Anstrengungen, um immer wieder reaktionäre, voll- oder halbfaschistische Parteien heranzuzüchten oder zu stärken... andererseits werden politische Parteien, die sich auf Mittelschichten oder Teile der Arbeiterschaft stützen, in dieser oder jener Weise v o n d e n I d e e n d e s S o z i a l i s m u s, die sich auf eine weltweite reale Macht stützen, b e e i n f l u ß t o d e r s o g a r m e h r o d e r w e n i g e r e r f a ß t...
>
> Das ist deswegen möglich, ja sogar ein unaufhaltsamer historischer Prozeß, weil diese P a r t e i e n, die Masse ihrer A n h ä n g e r, Mitglieder und Funktionäre, zu einem Teil s o g a r i h r e L e i t u n g e n, eben nicht einfach als Agenten und Agenturen des Monopolkapitals betrachtet werden können, wie es das primitive, vereinfachte Schema des Vulgärmarxismus darstellt. Nicht nur, daß sie jeden Einfluß unter den Schichten, auf die sie sich stützen, verlieren würden, wenn sie nicht bis zu einem gewissen Grad die Interessen dieser Schichten vertreten, sind die meisten von ihnen zutiefst und ehrlich davon überzeugt, daß sie dies auch auf die bestmögliche Weise tun." (S. 640).

FÜRNBERGS THEORIEN UND DIE ÖSTERREICHISCHE WIRKLICHKEIT

Die Revisionisten werfen uns Marxisten-Leninisten immer wieder vor, daß wir "abstrakte" Theorien vertreten, deren Haltlosigkeit offenbar werde, wenn man sie auf die k o n k r e t e n Verhältnisse, auf die r e a l e n politischen Gegebenheiten der österreichischen Gegenwart anwenden will. Nun, wir wollen, ihren Ratschlag befolgend, versuchen, Fürnbergs Pseudomarxismus auf die österreichische Realität anzuwenden.

Für Fürnberg sind als Bündnispartner der Kommunisten alle politischen

Parteien interessant, "die sich auf Mittelschichten oder Teile der Arbeiterschaft stützen". Als solche kommen also a l l e drei nichtkommunistischen Parteien Österreichs in Frage. Denn sowohl die SPÖ als auch die ÖVP und sogar die FPÖ "stützen sich auf Mittelschichten und Teile der Arbeiterschaft". Untersuchen wir aber den Klassencharakter dieser Parteien, dann ergibt sich freilich ein ganz anderes Bild. Lassen wir es wieder vom "Vulgärmarxisten" Fürnberg schildern, wie er es vor eineinhalb Jahren in seiner Broschüre tat. Da charakterisierte er diese Parteien folgendermaßen:

"Die Volkspartei in Österreich zum Beispiel besteht aus drei Bünden, deren Bezeichnung bereits darauf hinweist, daß sie die Interessen bestimmter Bevölkerungsschichten vertreten (Bauernbund, Arbeiter- und Angestelltenbund, Wirtschaftsbund)... Wessen Interessen vertritt aber die Volkspartei bei allen großen Streitfragen letzten Endes wirklich ? ... Die Volkspartei hat die Unterstützung der großen Kapitalbesitzer, und das nicht zufällig und zu Unrecht." (S. 48/49).

"Die FPÖ vertritt einen bestimmten Teil von Kapitalisten, nämlich den Teil, der eng mit dem westdeutschen Großkapital verbunden ist... So wie bei der Volkspartei letzten Endes immer die Wünsche des großen Kapitals den Ausschlag geben, so bei der FPÖ immer der nach Westdeutschland orientierte Teil des Kapitals." (S. 49).

"Welche Klasseninteressen vertritt die SPÖ ? Soweit sie in den Tagesfragen für die sozialen Errungenschaften und ihren Ausbau ist, vertritt sie die Interessen der Arbeiterklasse und der arbeitenden Bevölkerung überhaupt. Soweit sie jedoch unter dem Schlagwort der Sozialpartnerschaft das bestehende kapitalistische System vor Erschütterungen, die zu seinem Sturz führen könnten, schützt, tritt sie nicht nur kleinbürgerlich mit abgedroschenen Versöhnungsphrasen auf, sondern hilft objektiv der herrschenden Kapitalistenklasse." (S. 52/53).

Das war vor eineinhalb Jahren so. Heute aber ist das - laut demselben Fürnberg - angeblich ganz anders, weil ja diese Parteien inzwischen "unter dem Einfluß der historischen Entwicklung Änderungen unterworfen" waren, die "sehr wesentlich" gewesen sein müssen, denn heute kann sich Fürnberg ja mit diesen Parteien "ein festes, lang dauerndes Bündnis" auf dem friedlichen Weg zum Sozialismus vorstellen.

Doch was sind diese "sehr wesentlichen Änderungen", denen diese Parteien in der letzten Zeit "unter dem Einfluß der historischen Entwicklung unterworfen" waren? In welcher Weise wurden sie "von den Ideen des Sozialismus beeinflußt oder sogar mehr oder weniger erfaßt"?

Haben die "Reformer" in der ÖVP, als sie Klaus an die Stelle von Gorbach setzten, das "unter dem Einfluß des Sozialismus" getan ?

Oder war die SPÖ "mehr oder weniger vom Sozialismus erfaßt", als sie das Kontaktkomitee mit den braunen Arbeiterfeinden schuf und ihnen mehrere Millionen aus Arbeitergeldern zuschob?

Oder war die FPÖ "mehr oder weniger vom Sozialismus erfaßt", als sie diese Gelder von einer "sozialistischen" Partei großmütig annahm ?

Wo gibt es auch nur den kleinsten Hinweis dafür, daß sich der Klassencharakter irgendeiner dieser Parteien wirklich geändert habe? Die Konfrontierung von Fürnbergs neuesten "Theorien" mit der österreichischen Realität zeigt eindeutig, w e l c h e österreichische Partei tatsächlich "Änderungen unterworfen" war, die "sehr wesentlich" sind: es ist die K o m m u n i s t i s c h e Partei Österreichs, die - nicht vom Sozialismus, sondern vom Revisionismus "mehr oder weniger erfaßt" wurde!

PARTEIFÜHRUNG UND MITGLIEDER SIND NICHT DASSELBE !

Fürnberg sprach davon, daß "diese Parteien, die Masse ihrer Anhänger, Mitglieder und Funktionäre, zu einem Teil sogar ihre Leitungen, e b e n n i c h t einfach als Agenten und Agenturen des Monopolkapitals betrachtet werden können, wie es das primitive, vereinfachte Schema des Vulgärmarxismus darstellt". Er wirft damit die Parteien, ihre Führer und Leitungen mit der Masse ihrer Mitglieder und sogar ihrer "Anhänger" einfach i n e i n e n T o p f !

Wie das? Wozu hat Fürnberg, ein Inhaber der "roten Professur", einen so haarsträubenden antimarxistischen Dreh nötig ? Er braucht ihn in doppelter Hinsicht: einerseits, um die Drahtzieher der antikommunistischen Parteien zu v e r h a r m l o s e n , mit denen er ja paktieren möchte ; andererseits, um den Marxisten wieder einmal einen ganz "vulgären" Unsinn zu unterschieben.

Wo und wann haben denn echte Marxisten-Leninisten - die Fürnberg jetzt als "Vulgärmarxisten" verspottet - die "Masse der Anhänger, Mitglieder und Funktionäre" der nichtkommunistischen Parteien "einfach als Agenten des Monopolkapitals betrachtet" ? Haben sie, haben wir nicht - ganz im Gegenteil - immer wieder darauf achtgegeben und darauf hingewiesen, daß man zwischen den Interessen und Absichten der Mitglieder, Anhänger und Funktionäre dieser Parteien, und denen ihrer Leitungen, die - zumindest objektiv - tatsächlich die Rolle von Agenten und Agenturen der Bourgeoisie spielen, s e h r g e n a u u n t e r s c h e i d e n m u ß ? Haben wir nicht immer wieder betont und unterstrichen, daß zwischen ihnen eine unüberbrückbare K l u f t , ein unheilbarer, weil klassenmäßig bedingter G e g e n s a t z besteht, den wir Kommunisten konsequent aufdecken und den uns klassenmäßig nahestehenden Mitgliedern und Mitläufern, Anhängern und Wählern der nichtkommunistischen Parteien geduldig klarmachen müssen?

Natürlich weiß auch Fürnberg, daß wir auf diese Klarstellung und Unterscheidung immer größten Wert gelegt haben, daß sie überhaupt der G r u n d g e d a n k e unserer Politik gegenüber den anderen Parteien war. Wenn er d e n n o c h die Parteiführungen mit den Mitgliedern und Anhängern in einen Topf wirft und uns unterschiebt, dasselbe zu tun, dann begeht er diese Fälschung ganz bewußt und verfolgt dabei die Absicht, den Marxismus-Leninismus so zu entstellen und zu vulgarisieren, daß er ihn als "Vulgärmarxismus" leicht "entlarven" und "widerlegen" kann. Man kennt diese Methode. Sie wurde von allen Marxtötern, von allen - wie Lenin sagte - "nicht sehr klugen Leuten" angewendet, die damit aber den siegreichen Vormarsch des Marxismus-Leninismus nicht verhindern konnten.

Von einer Naivität, um die ihn eine Klosterschülerin beneiden könnte,

zeigt sich Fürnberg, wenn er treuherzig meint, daß die Leitungen der nichtkommunistischen Parteien nicht nur keine Agenturen der Bourgeoisie, sondern "ehrlich und zutiefst davon überzeugt sind, die Interessen ihrer Mitglieder und Anhänger auf die bestmögliche Weise zu vertreten".

Fast ein halbes Jahrhundert lang haben die Kommunisten in zahllosen Grundschulungen und Einführungskursen in den Marxismus erklärt und auseinandergesetzt, daß man zwischen den subjektiven Vorstellungen, Meinungen, Absichten und Wünschen einer Persönlichkeit einerseits, und ihrer objektiven Rolle andererseits streng unterscheiden muß und daß uns als Marxisten (im Gegensatz zu Seelenforschern) in erster Linie die objektive Rolle interessiert. Und jetzt auf einmal bringt ein Generalsekretär einer kommunistischen Partei selber die Dinge durcheinander und tut so, als ob in der Politik eine - wenn überhaupt vorhandene - subjektiv gute Absicht etwas an einer objektiv reaktionären, antisozialistischen Rolle ändern könnte!

Übrigens: Wir halten Fürnberg für intelligent genug, als daß er nicht subjektiv genau wüßte, welche Rolle er heute objektiv spielt.

Im folgenden baut Fürnberg seinen Taschenspielertrick, die Mitglieder und Anhänger der nichtkommunistischen Parteien mit den Führern und Leitungen dieser Parteien durcheinanderzubringen, noch weiter aus. Er benützt dazu sogar zwei Lenin-Zitate, deren erstes wie folgt lautet:

> "Jetzt aber, wo tiefgreifende welthistorische Veränderungen in den Massen der parteilosen, menschewistischen und sozialrevolutionären Demokratie die unvermeidliche Wendung zu uns hin hervorrufen, müssen und werden wir lernen, diese Wendung auszunützen, sie in den entsprechenden Gruppen und Schichten hervorzurufen und alles in unseren Kräften Stehende tun, um eine Verständigung mit diesen Elementen herbeizuführen und dadurch das sozialistische Aufbauwerk zu fördern." (S. 640. Das Zitat stammt aus dem Jahre 1918; Hervorhebungen sind von uns, Anmkg.)

Lenin spricht hier also von einer Veränderung, die in den Massen (auch in den parteilosen!), Gruppen, Schichten und Elementen nach dem Sieg der sozialistischen Revolution vor sich ging. Fürnberg aber will daraus den Beweis der Wahrscheinlichkeit einer Änderung im Charakter der nichtkommunistischen Parteien (bzw. Parteiführungen) und zwar noch vor der sozialistischen Revolution ableiten! Das nennt man Logik. Daß der Ausdruck "Partei" in dem ganzen Zitat überhaupt nicht vorkommt, stört Fürnberg nicht im geringsten. Er setzt einfach die Massen, Gruppen und Schichten der Mitglieder mit den Parteien überhaupt gleich und schon kann er aus dem, was in Wahrheit ein Breiterwerden der Kluft zwischen den Mitgliedern der nichtkommunistischen Parteien und ihren Führungen bedeutet, eine Art von Linksentwicklung der ganzen Parteien machen, der ihn berechtige, mit den Führern dieser Parteien zu paktieren.

Denselben Trick vollzieht Fürnberg mit dem anderen Lenin-Zitat, in dem ebenfalls nicht von den Parteien, sondern von den Massen, die sich enttäuscht von den nichtkommunistischen Parteien und Parteiführern abzuwenden begannen, die Rede ist. Lenin erklärte hier bloß für eine besondere Situation, was die Marxisten-Leninisten ganz allgemein für eine ihrer wichtigsten Aufgaben halten:

die Massen über die ihren eigenen Interessen widersprechende Politik und Rolle ihrer Parteiführer aufzuklären, ihnen diesen Gegensatz immer stärker bewußt zu machen und ihnen damit "die unvermeidliche Wendung zu uns hin zu erleichtern", von der Lenin spricht.

Fürnberg macht das Gegenteil. Indem er diesen Gegensatz verwischt und vertuscht, behindert er in Wahrheit die Wendung der Massen zur revolutionären Partei, hält er sie faktisch von dem ab, was in Wirklichkeit der einzigmögliche Schritt vorwärts ist.

Fürnberg benötigt die antileninistische Gleichsetzung von Massen und Parteien, von Parteimitgliedern und Parteiführern, auch zur Weiterentwicklung seiner "neuen Theorien", die er folgendermaßen formuliert:

> "Gerade deswegen ist die Diskussion mit ihnen (mit den nichtkommunistischen Parteien, Anmerkg.) möglich und unbedingt notwendig. Diese Diskussion muß sich auf eine Politik stützen, die von der marxistischen Erkenntnis ausgeht, daß die große Masse der Mittelschichten und der ihnen nahestehenden Arbeitergruppen potentiell nicht Feinde des Sozialismus und der kommunistischen Weltbewegung sind und diese Erkenntnis auch auf die politischen Parteien dieser Klassen und Gruppen anwendet, soweit sich diese zu Demokratie, Fortschritt und zur Sicherung des Friedens bekennen. Wir streben ein festes, lang dauerndes Bündnis mit diesen Parteien an." (S. 641)

Hier hat man die ganze Mischkulanz auf dem Servierteller. Während wir früher ein festes Bündnis mit den von diesen Parteien mißbrauchten und irregeführten Massen der Anhänger und Mitglieder anstrebten und weiterhin anstreben müssen - strebt Fürnberg das Bündnis mit diesen "Parteien", das heißt in Wirklichkeit das Bündnis mit der Führung dieser Parteien an, die - wie er selbst noch vor eineinhalb Jahren feststellte - "letzten Endes nur einer bestimmten Klasse dienen". Ein "kleiner" Unterschied! Aber gerade auf diesen Unterschied kommt es an, denn es ist haargenau der Unterschied zwischen revolutionärer Bündnispolitik und opportunistischer Packelei, der Unterschied zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus.

NUR DER KONSEQUENTE KAMPF BRINGT ECHTE BUNDESGENOSSEN

Zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft bedient die Bourgeoisie sich einerseits eines deutlicher erkennbaren Machtapparats - Heer, Polizei, Gendarmerie, Justiz und staatliche Bürokratie - andererseits eines etwas schwerer erkennbaren Hilfsapparates, zu dem neben Presse, Radio, Fernsehen, Kirche, Unterrichtswesen usw. auch die nichtkommunistischen Parteien gehören. Je nachdem, ob die Bourgeoisie es sich leisten kann, ihre Diktatur in verhüllterer Form, in Form der bürgerlichen Demokratie (die Lenin als die "bestmögliche Hülle" der Diktatur der Bourgeoisie gekennzeichnet hat) auszuüben, oder ob sie ihre Diktatur in unverhüllter Form, in Form des Faschismus, ausübt spielt das Ensemble der nichtkommunistischen Parteien eine größere

oder kleinere Rolle bei der Machtausübung und Machterhaltung der Bourgeoisie. Wie immer aber die Situation in einem kapitalistischen Lande auch ist, haben die nichtkommunistischen Parteien bei der Ausübung und bei der Aufrechterhaltung der Macht der Kapitalisten eine wichtige Funktion, natürlich im Interesse dieser "bestimmten Klasse".

Die Aufgabe der Marxisten-Leninisten besteht darin, den Massen durch unermüdliche Aufklärungsarbeit und durch die Organisierung von Klassenkämpfen (im praktischen Kampf lernen die Menschen bekanntlich am meisten und am besten) die Widersprüche und Interessengegensätze mit ihren Führern *zum Bewußtsein zu bringen*, und so aus potentiellen Verbündeten wirkliche, aktive Bundesgenossen der revolutionären Arbeiterbewegung zu machen. Das kann aber nicht durch ein Bündnis mit den *Führern* der nichtkommunistischen Parteien, sondern nur durch den kompromißlosen Kampf gegen sie, durch ihre schonungslose *Entlarvung* als faktische Agenten der Bourgeoisie und als tatsächliche Stützen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erreicht werden!

Mögen auch viele Führer der nichtkommunistischen Parteien keine *bewußten* Agenten der Bourgeoisie sein, so ändert das nichts daran, daß sie in der *Praxis*, im *Effekt* diese Rolle spielen. Es mag sogar sein, daß einzelne dieser Führer auch als ehrliche Mitkämpfer für die Sache der Arbeiterklasse gewonnen werden können. Aber das setzt gerade bei diesen Führern voraus, daß sie sich in *Gegensatz* zur übrigen Führung begeben, in den *Kampf gegen sie* treten und sich von dieser übrigen Führung grundlegend *unterscheiden*! Man wird solche "Überläufer" auf die Seite der revolutionären Arbeiterbewegung niemals durch verständnisvolle Schonung ihrer Parteien, nicht durch Zugeständnisse und Lobeshymnen auf sie, sondern nur durch einen kompromißlosen Kampf gewinnen können, indem man ihnen die ganze Erbärmlichkeit der Rolle, die zu spielen von ihnen verlangt wird, immer wieder sachlich, aber drastisch, unverhohlen und überzeugend vor Augen führt! Die – übrigens sehr wenigen – Führer nichtkommunistischer Parteien, die aus ehrlicher Überzeugung und aus lauteren Motiven zur revolutionären Partei der Arbeiterklasse gestoßen sind und sich von allen Resten bürgerlicher und kleinbürgerlicher Ideologie freimachen konnten (was für ihre *positive* Rolle hier unbedingt erforderlich ist!), haben das nicht vermocht und getan, *obwohl* man ihre früheren Parteien bekämpfte, sondern gerade *weil* man das erfolgreich tat. Das haben in Österreich die Erfahrungen unserer Partei im Februar 1934 zur Genüge bewiesen.

WIE STELLT FÜRNBERG SICH DAS BÜNDNIS MIT DEN ANDEREN PARTEIEN VOR ?

Lassen wir ihn diese Frage selbst beantworten. Er schreibt:

"Wir sind uns darüber klar und sprechen offen aus, daß Bündnisse zwischen verschiedenen Parteien nicht dadurch entstehen, daß die eine Partei einfach Programm und Politik der anderen Partei annimmt. Wir werden das *weder verlangen noch selbst tun*. Wir wollen auch *nicht* ein solches Bündnis zu dem Zweck

erreichen, um *selbst zur Macht zu kommen* und dann die mit uns verbündeten Parteien kaltzustellen oder umzubringen. Nein, wir halten es für möglich, sogar für nützlich, mit *ihnen gemeinsam den Sozialismus aufzubauen*. Bedeutet das aber nicht, von ihnen doch zu verlangen, daß sie unser Programm annehmen, sich auf den Boden unseres Programms stellen? *Nein*, das ist deswegen nicht der Fall, weil *diese Parteien ... in ihren eigenen Programmen soziale Forderungen und Ziele vertreten*, die es unserer Meinung nach *möglich machen, die Grundlagen des Sozialismus aufzubauen*, wenn die Arbeiterklasse die Herrschaft im Staat innehat." (S. 641).

Hier wendet Fürnberg einen neuen Trick an, den man den "Siebenmeilenstiefel-Trick" nennen könnte. Denn eben will er uns noch erklären, daß das Bündnis mit den anderen Parteien möglich und nötig sei, um auf friedlichem Weg zum Sozialismus zu gelangen. Wir halten also noch in unserem heutigen Staat, in dem die Bourgeoisie die Herrschaft innehat. Aber sofort danach erklärt uns Fürnberg, daß die "sozialen Forderungen im Programm" der anderen Parteien es möglich machen, im Bündnis mit ihnen die Grundlagen des Sozialismus aufzubauen, *wenn* – ja, wenn ! – die Arbeiterklasse die Herrschaft im Staat innehat. Eben hatte noch die Bourgeoisie die Herrschaft im Staat – und schon ist es die Arbeiterklasse, die sie hat. Wieso? Wodurch? Durch Fürnbergs Siebenmeilenstiefel – eine andere Erklärung finden wir in seiner "Beweisführung" nicht. Aber was der Däumling im Märchen tun kann, was Fürnberg durch einen Taschenspielertrick auf dem Papier zustandebringt, das kann die Arbeiterklasse leider nicht in der Wirklichkeit der realen Machtverhältnisse.

Wie die Arbeiterklasse *in der Realität* durch ein Bündnis mit den anderen Parteien, auf Grund der "sozialen Forderungen im Programm" dieser Parteien, zur Herrschaft im Staate gelangen soll, kann Fürnberg natürlich nicht erklären. Deshalb zieht er die Siebenmeilenstiefel an und ist – flugs – dort, wohin der Gedanke zwar schnell springt, auf dem Weg zu dem das Leben aber die *entscheidende Leistung* abfordert: die Durchführung der sozialistischen *Revolution*, die das Um und Auf des ganzen Problems darstellt.

Ob mit Siebenmeilen- oder anderem Stiefel Fürnbergschen Fabrikats – an der sozialistischen Revolution kann man sich nicht vorüberschleichen, zur Herrschaft im Staate kann sich die Arbeiterklasse nicht hinaufschwindeln!

So falsch wie die Schlußfolgerung, so falsch sind schon die *Voraussetzungen*, unter denen Fürnberg zu seinen kühnen Kombinationen gelangt. Er operiert einfach mit Behauptungen, die nicht nur unbeweisbar sind, sondern Tag für Tag von der Wirklichkeit aufs neue *widerlegt* werden. Sehen wir uns diese Behauptungen näher an.

Erste Behauptung: Die nichtkommunistischen Parteien vertreten in ihren eigenen Programmen soziale Forderungen und Ziele, die es möglich machen, die Grundlagen des Sozialismus aufzubauen.

Dazu einige Fragen: *Welche Parteien* in Österreich vertreten denn solche sozialen Forderungen und Ziele? Die SPÖ? Die ÖVP? Die FPÖ? *Welche* unter den von diesen Parteien vertretenen For-

derungen und Ziele könnten wirklich den Aufbau einer sozialistischen, d.h. von kapitalistischer Ausbeutung freien Gesellschaftsordnung ermöglichen? Und wenn es in gewissen nichtkommunistischen Programmen schon soziale (das sind noch nicht "sozialistische"!) Forderungen und Ziele gibt - w a r u m stehen sie dort? Wurden diese Forderungen dort hineingenommen, weil man sie ernstlich verwirklichen will? Geht es dabei wirklich darum, die Grundlagen des Sozialismus aufzubauen? Geht es für diese Parteien nicht eher darum, "auf diese Weise, mit dieser T a r n u n g , erfolgreicher ihre Ziele zu verwirklichen, die letzten Endes immer nur einer bestimmten Klasse dienen" - wie Fürnberg selbst vor eineinhalb Jahren noch höchst "vulgärmarxistisch" erklärte? (Broschüre, S.48).

L e n i n hat den seither millionenfach zitierten, eine der marxistischen Binsenwahrheiten ausdrückenden Satz geschrieben:

> "Um das Volk zu betrügen, haben die bürgerlichen Demokraten stets die beliebigsten Losungen ausgegeben und geben sie immer aus. Es handelt sich darum, ihre Aufrichtigkeit zu prüfen, d i e W o r t e m i t d e n T a t e n z u v e r g l e i c h e n , s i c h n i c h t m i t i d e a l i s t i s c h e n u n d m a r k t s c h r e i e r i s c h e n P h r a s e n z u f r i e d e n z u g e b e n , sondern zu suchen, der K l a s s e n r e a l i t ä t auf den Grund zu kommen."

Fürnberg aber will die Kommunisten offenbar dazu bringen, die Worte für Taten, die schön gedrechselten Phrasen für ernste Absichten zu halten und demagogische Redensarten und heuchlerische Verbeugungen vor den Wünschen der Massen mit den w a h r e n Zielen und Zwecken der betreffenden Parteien zu verwechseln!

<u>Zweite Behauptung:</u> Fürnberg verlangt von den anderen Parteien nicht, daß sie unser Programm annehmen. Das sei nicht nötig. Er will ihnen nichts dreinreden und stellt ihnen somit praktisch frei, ihre derzeitigen Programme im wesentlichen b e i z u b e h a l t e n.

Diese Programme enthalten aber bekanntlich nicht nur "soziale Forderungen und Ziele", die es nach Fürnbergs Darstellung "möglich machen, die Grundlagen des Sozialismus aufzubauen", sondern a u c h u n d v o r a l l e m Forderungen und Ziele, die gerade das u n m ö g l i c h machen - wie zum Beispiel Schutz des Privateigentums an den Produktionsmitteln, Verteidigung der bürgerlichen Demokratie "gegen jede Diktatur" (d.h. Verteidigung der Herrschaft der Bourgeoisie gegen die Diktatur des Proletariats) usw. Was stimmt also an Fürnbergs Behauptung, daß es möglich sei, im Bündnis mit den anderen Parteien "die Grundlagen des Sozialismus aufzubauen", ohne daß sie sich grundlegend ändern? Die Antwort ist kurz : n i c h t s !

Sollten wir Fürnberg unrecht tun? Gibt er denn nicht sogar an, auf welche Weise man die anderen Parteien dazu bringen könnte, ihre "sozialen Forderungen und Ziele" zu verwirklichen? Er schreibt darüber auf Seite 641 (WuZ 11/1964):

> "Es handelt sich darum, diese kleinbürgerlichen Parteien davon zu überzeugen, daß sie durch ein Bündnis mit der Arbeiterklasse und der Kommunistischen Partei diese sozialen Programme, d i e b i s h e r z u e i n e m g r o ß e n T e i l a u f d e m P a p i e r g e b l i e b e n s i n d , verwirklichen können."

Diese Argumentation ist wieder von rührender Naivität. Erweckt sie doch geradezu den Anschein, als ob es bisher bloß an einem beherzten Mann gefehlt hätte, der den kleinbürgerlichen Parteien diesen wertvollen Fingerzeig geben hätte können. Doch das scheint selbst Fürnberg zu primitiv, weshalb er auch diesbezüglich eine "neue Situation" entdeckt. Daß man die Parteien, die man früher einmal bekämpfen mußte, heute "überzeugen" kann, hat einen ganz bestimmten Grund, und zwar:

> "Das ist heute dadurch erleichtert, daß Macht und Beispiel des S o z i a l i s m u s den W i l l e n zur Verwirklichung dieser Forderungen und Ziele in den kleinbürgerlichen Parteien gestärkt haben und mit jedem Tag weiter stärken. G e r a d e d e s w e g e n i s t d i e M ö g l i c h k e i t e i n e s f r i e d l i c h e n W e g e s z u m S o z i a l i s m u s s o s e h r g e w a c h s e n , u n d s i e w i r d w e i t e r w a c h s e n ." (S.641)

Der Fall ist ganz klar: das gute Beispiel verdirbt auch die schlechtesten Sitten. Die kleinbürgerlichen Parteien, die sich früher "sozial" tarnten, um "erfolgreicher ihre Ziele zu verwirklichen, die letzten Endes einer bestimmten Klasse dienen", sind heute durch das Beispiel des Sozialismus geläutert und beflügelt. Während einerseits "Macht und Beispiel des Sozialismus" ihren Willen zur Verwirklichung der sozialen Forderungen stärkt, geht ihnen andererseits Fürnberg mit guten Ratschlägen zur Hand - und siehe: friedlich gehen sie Schulter an Schulter mit der Arbeiterklasse zum Sozialismus!

Hat eine solche "Argumentation" noch mehr mit Marxismus-Leninismus zu tun als frommes Beten mit Klassenkampf?

WIE DER "WEG" - SO DAS "ZIEL"

Nachdem wir Fürnbergs "friedlichen Weg" kennengelernt haben, wollen wir uns auch den "Sozialismus" ansehen, zu dem uns dieser Weg führen soll.

> Der Marxismus-Leninismus versteht unter Sozialismus bekanntlich eine Gesellschaftsordnung, in der es k e i n e A u s b e u t u n g d e s M e n s c h e n durch den Menschen mehr gibt. Deshalb müssen in einer solchen Gesellschaftsordnung aber auch alle gesellschaftlichen Einrichtungen b e s e i t i g t sein, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen möglich machen. Das ist in ökonomischer Hinsicht der P r i v a t b e s i t z a n P r o d u k t i o n s m i t t e l n und in politischer Hinsicht der b ü r g e r l i c h e S t a a t , sei es in Form der bürgerlichen Demokratie, in Form der faschistischen Diktatur oder in irgendeiner Zwischenform.

Die Sozialisierung aller Produktionsmittel in Industrie und Landwirtschaft sowie des Finanzwesens, Handels und Verkehrs ist also eine u n a b d i n g b a r e Voraussetzung für den Aufbau und die Sicherung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Dabei können neben den Formen der sozialistischen Verstaatlichung (allgemeines Volkseigentum) und der Kommunalisierung auch verschiedene Formen des g e n o s s e n s c h a f t l i c h e n Zusammenschlusses - vor allem für die landwirtschaftliche und kleingewerbliche Produktion - angewendet werden. <u>Aber auch die Entprivatisierung der Kleinproduktion ist notwendig.</u>

Mehr noch: Die Entprivatisierung der Kleinproduktion ist sogar sehr w i c h t i g ! Ständig, stündlich und in Massenumfang wächst ja aus dieser privaten Kleinproduktion wieder private Mittel- und Großproduktion, n e u e r K a p i t a l i s m u s hervor! Jeglicher private Sektor in der Wirtschaft ist den Gesetzen der kapitalistischen Produktion unterworfen, ist damit Geburtsstätte und Nährboden antisozialistischer Tendenzen und Kräfte, Keimzelle einer unter gewissen Bedingungen durchaus möglichen R ü c k e n t w i c k l u n g zum Kapitalismus. Solange daher die sozialistische Produktionsweise nicht auch auf dem Sektor der landwirtschaftlichen und gewerblichen Produktion vollends gesiegt hat, ist ihr Sieg in der ganzen Wirtschaft nicht endgültig und unwiderruflich. Kein Wunder, daß die Marxisten diesem Problem daher zu allen Zeiten ganz besondere Aufmerksamkeit widmeten und speziell Lenin nicht aufhörte, die außerordentliche Wichtigkeit dieses Problems zu unterstreichen, dessen erfolgreiche Lösung die berühmte Frage "Wer wen?" (Wer wird wen besiegen?) erst restlos beantwortet.

Daraus folgt nicht, daß die Vergesellschaftung der Kleinproduktion in derselben W e i s e und mit denselben M i t t e l n erfolgen soll und darf wie die der kapitalistischen Großproduktion. Bei Industrie, Großgrundbesitz, Banken und Großhandel hat es das Proletariat mit seinen Klassenfeinden zu tun. Die Sozialisierung kann daher nur g e g e n den Willen ihrer Besitzer und Aktionäre, unter V e r l e t z u n g ihrer Interessen, zum Zweck ihrer wirtschaftlichen und politischen E n t m a c h t u n g erfolgen, erfordert die Mittel der r e v o l u t i o n ä r e n G e w a l t.

Ganz anders ist die Situation bei den kleinen Privatproduzenten. Hier hat man es mit w e r k t ä t i g e n Schichten, mit Bundesgenossen des Proletariats zu tun. Die Vergesellschaftung der Kleinproduktion kann und darf darum nur m i t Willen und Einverständnis dieser Produzenten erfolgen, mit den Mitteln der geduldigen und systematischen Ü b e r z e u g u n g von der Vorteilhaftigkeit der gesellschaftlichen Produktionsweise. Die Vergesellschaftung der Kleinproduktion ist daher auch kein momentaner Akt, sondern ein allmählicher und schrittweiser P r o z e ß , der in dem Tempo voranschreitet, in dem die Erkenntnis der Kleinproduzenten wächst, daß die sozialistische Produktionsweise für sie kein Nachteil, sondern ein Fortschritt ist. Je rascher es gelingt, die Massen der Kleinproduzenten zu dieser Erkenntnis zu bringen, umso rascher, vollständiger und reibungsloser wird der Sozialismus aufgebaut und g e s i c h e r t werden können. Über die Notwendigkeit freilich, die sozialistische Produktionsweise auch in der landwirtschaftlichen und gewerblichen Produktion einzuführen und zum Sieg zu bringen, kommt man u n t e r k e i n e n U m s t ä n d e n herum!

Von allen diesen Grunderkenntnissen des Marxismus-Leninismus ist bei Fürnberg keine Spur geblieben. Vor der Schwierigkeit des Problems kapitulierend, tritt er faktisch für die A u f r e c h t e r h a l t u n g der privaten Produktion auf wichtigen Sektoren der Wirtschaft auch im Sozialismus ein und reduziert das, was in Wirklichkeit das W i c h t i g s t e ist, auf einen nebulosen Nebensatz. Er schreibt:

> "Wir sind für eine g e m i s c h t e W i r t s c h a f t, in der das Monopolkapital ganz ausgeschaltet ist, aber die Kleinproduktion in Stadt und Land w e i t e r b e s t e h t, bis zu ihrer allmählichen Überwindung durch technische und wirtschaftliche Entwicklung." (S. 642).

Dieser Satz ist eine Fürnbergsche Prachtleistung und eine Fundgrube für einen Erforscher revisionistischer Schleichwege.

Halten wir zunächst fest: Fürnberg ist für eine " g e m i s c h t e W i r t s c h a f t " ! Ganz "zufällig" ist er hier bei der gleichen Formulierung angelangt wie Pittermann, der sich ebenfalls für eine "gemischte Wirtschaft" ausspricht, womit er die Formel "Pittermann für Jedermann" einfach ins Wirtschaftliche übersetzt. Und wie sieht die von Pittermann entliehene "gemischte Wirtschaft" Fürnbergs aus? Wie ein Niemandsland zwischen zwei Oasen: "Das M o n o p o l k a p i t a l ist ausgeschaltet, aber die K l e i n p r o d u k t i o n besteht weiter". Aber was ist mit all dem, was d a z w i s c h e n liegt, Genosse Fürnberg ? Warum schweigst Du über das so beredt ? Es gibt nur eine Erklärung: Dieser gerade in einem Land wie Österreich sehr beträchtliche Sektor der kapitalistischen Produktion soll anscheinend - damit es eine wirklich "gemischte" Wirtschaft wird - aus dem Spiel gelassen, also p r i v a t bleiben. Der ganze Fürnbergsche Sozialismus beginnt sich mit großem Tempo auf die Verstaatlichung einiger Großbetriebe zu vereinfachen!

Nachdem Fürnberg den breiten Sektor all dessen, was zwischen Mautner-Markhof und dem "Schuster Bockerl" liegt, mit einem eleganten Sprung hinter sich gebracht hat, formuliert er weiter:

> "Bei einem friedlichen Weg zum Sozialismus wird also die Kleinproduktion noch eine lange Zeit die Möglichkeit zur Arbeit haben, also (!) der private Sektor in der Wirtschaft weiterbestehen." (S. 642).

Es wird immer schöner! Denn natürlich wird im Sozialismus die Kleinproduktion "die Möglichkeit zur Arbeit haben" - aber muß sie deshalb " a l s o " als "privater Sektor in der Wirtschaft weiterbestehen"? Hat die bisherige Erfahrung in den sozialistischen Ländern - soferne die Vergenossenschaftlichung der Kleinproduktion auf richtige Weise erfolgte - nicht bewiesen, daß die Kleinproduktion auch unter dem System der Diktatur des Proletariats alle (im Prinzip sogar bessere!) "Möglichkeiten zur Arbeit" hat - gerade dadurch, daß sie auf g e n o s s e n s c h a f t l i c h e Basis gestellt wurde, die der privaten Einzelproduktion bei richtiger Organisation unbedingt überlegen ist?

Anscheinend kommt es Fürnberg garnicht so sehr darauf an, daß die Kleinproduktion die "Möglichkeit zur Arbeit" hat, als daß sie p r i v a t bleibt - womit sie aber die oben beschriebene Rolle als Geburtsstätte und Nährboden des Kapitalismus, als ökonomische Basis aller antisozialistischen, mit dem Kapitalismus verwachsenen Kräfte, als f ü n f t e K o l o n n e des Kapitalismus in der sozialistischen Gesellschaft behält und erhält.

Diese "fünfte Kolonne" wollen die Revisionisten nicht nur ö k o n o m i s c h, sondern auch p o l i t i s c h weiterbestehen lassen. Denn auch ihre politische Organisation, die kleinbürgerlichen Parteien, sollen - ohne "unser" Programm und unsere Politik annehmen zu müssen - bestehenbleiben und

Mehr noch: Die Entprivatisierung der Kleinproduktion ist sogar sehr *wichtig*! Ständig, stündlich und in Massenumfang wächst ja aus dieser privaten Kleinproduktion wieder private Mittel- und Großproduktion, *neuer Kapitalismus* hervor! Jeglicher private Sektor in der Wirtschaft ist den Gesetzen der kapitalistischen Produktion unterworfen, ist damit Geburtsstätte und Nährboden antisozialistischer Tendenzen und Kräfte, Keimzelle einer unter gewissen Bedingungen durchaus möglichen *Rückentwicklung* zum Kapitalismus. Solange daher die sozialistische Produktionsweise nicht auch auf dem Sektor der landwirtschaftlichen und gewerblichen Produktion vollends gesiegt hat, ist ihr Sieg in der ganzen Wirtschaft nicht endgültig und unwiderruflich. Kein Wunder, daß die Marxisten diesem Problem daher zu allen Zeiten ganz besondere Aufmerksamkeit widmeten und speziell Lenin nicht aufhörte, die außerordentliche Wichtigkeit dieses Problems zu unterstreichen, dessen erfolgreiche Lösung die berühmte Frage "Wer wen?" (Wer wird wen besiegen?) erst restlos beantwortet.

Daraus folgt nicht, daß die Vergesellschaftung der Kleinproduktion in derselben *Weise* und mit denselben *Mitteln* erfolgen soll und darf wie die der kapitalistischen Großproduktion. Bei Industrie, Großgrundbesitz, Banken und Großhandel hat es das Proletariat mit seinen Klassenfeinden zu tun. Die Sozialisierung kann daher nur *gegen* den Willen ihrer Besitzer und Aktionäre, unter *Verletzung* ihrer Interessen, zum Zweck ihrer wirtschaftlichen und politischen *Entmachtung* erfolgen, erfordert die Mittel der *revolutionären Gewalt*.

Ganz anders ist die Situation bei den kleinen Privatproduzenten. Hier hat man es mit *werktätigen* Schichten, mit Bundesgenossen des Proletariats zu tun. Die Vergesellschaftung der Kleinproduktion kann und darf darum nur *mit* Willen und Einverständnis dieser Produzenten erfolgen, mit den Mitteln der geduldigen und systematischen *Überzeugung* von der Vorteilhaftigkeit der gesellschaftlichen Produktionsweise. Die Vergesellschaftung der Kleinproduktion ist daher auch kein momentaner Akt, sondern ein allmählicher und schrittweiser *Prozeß*, der in dem Tempo voranschreitet, in dem die Erkenntnis der Kleinproduzenten wächst, daß die sozialistische Produktionsweise für sie kein Nachteil, sondern ein Fortschritt ist. Je rascher es gelingt, die Massen der Kleinproduzenten zu dieser Erkenntnis zu bringen, umso rascher, vollständiger und reibungsloser wird der Sozialismus aufgebaut und *gesichert* werden können. Über die Notwendigkeit freilich, die sozialistische Produktionsweise auch in der landwirtschaftlichen und gewerblichen Produktion einzuführen und zum Sieg zu bringen, kommt man *unter keinen Umständen* herum!

Von allen diesen Grunderkenntnissen des Marxismus-Leninismus ist bei Fürnberg keine Spur geblieben. Vor der Schwierigkeit des Problems kapitulierend, tritt er faktisch für die *Aufrechterhaltung* der privaten Produktion auf wichtigen Sektoren der Wirtschaft auch im Sozialismus ein und reduziert das, was in Wirklichkeit das *Wichtigste* ist, auf einen nebulosen Nebensatz. Er schreibt:

> "Wir sind für eine *gemischte Wirtschaft*, in der das Monopolkapital ganz ausgeschaltet ist, aber die Kleinproduktion in Stadt und Land *weiterbesteht*, bis zu ihrer allmählichen Überwindung durch technische und wirtschaftliche Entwicklung." (S. 642).

Dieser Satz ist eine Fürnbergsche Prachtleistung und eine Fundgrube für einen Erforscher revisionistischer Schleichwege.

Halten wir zunächst fest: Fürnberg ist für eine "*gemischte Wirtschaft*"! Ganz "zufällig" ist er hier bei der gleichen Formulierung angelangt wie Pittermann, der sich ebenfalls für eine "gemischte Wirtschaft" ausspricht, womit er die Formel "Pittermann für Jedermann" einfach ins Wirtschaftliche übersetzt. Und wie sieht die von Pittermann entliehene "gemischte Wirtschaft" Fürnbergs aus? Wie ein Niemandsland zwischen zwei Oasen: "Das *Monopolkapital* ist ausgeschaltet, aber die *Kleinproduktion* besteht weiter". Aber was ist mit all dem, was *dazwischen* liegt, Genosse Fürnberg? Warum schweigst Du über das so beredt? Es gibt nur eine Erklärung: Dieser gerade in einem Land wie Österreich sehr beträchtliche Sektor der kapitalistischen Produktion soll anscheinend - damit es eine wirklich "gemischte" Wirtschaft wird - aus dem Spiel gelassen, also *privat* bleiben. Der ganze Fürnbergsche Sozialismus beginnt sich mit großem Tempo auf die Verstaatlichung einiger Großbetriebe zu vereinfachen!

Nachdem Fürnberg den breiten Sektor all dessen, was zwischen Mautner-Markhof und dem "Schuster Bockerl" liegt, mit einem eleganten Sprung hinter sich gebracht hat, formuliert er weiter:

> "Bei einem friedlichen Weg zum Sozialismus wird also die Kleinproduktion noch *eine lange Zeit die Möglichkeit zur Arbeit haben*, also (!) der *private* Sektor in der Wirtschaft weiterbestehen." (S. 642).

Es wird immer schöner! Denn natürlich wird im Sozialismus die Kleinproduktion "die Möglichkeit zur Arbeit haben" - aber muß sie deshalb "*also*" als "privater Sektor in der Wirtschaft weiterbestehen"? Hat die bisherige Erfahrung in den sozialistischen Ländern - soferne die Vergenossenschaftlichung der Kleinproduktion auf richtige Weise erfolgte - nicht bewiesen, daß die Kleinproduktion auch unter dem System der Diktatur des Proletariats alle (im Prinzip sogar bessere!) "Möglichkeiten zur Arbeit" hat - gerade dadurch, daß sie auf *genossenschaftliche* Basis gestellt wurde, die der privaten Einzelproduktion bei richtiger Organisation unbedingt überlegen ist?

Anscheinend kommt es Fürnberg garnicht so sehr darauf an, daß die Kleinproduktion die "Möglichkeit zur Arbeit" hat, als daß sie *privat* bleibt - womit sie aber die oben beschriebene Rolle als Geburtsstätte und Nährboden des Kapitalismus, als ökonomische Basis aller antisozialistischen, mit dem Kapitalismus verwachsenen Kräfte, als *fünfte Kolonne* des Kapitalismus in der sozialistischen Gesellschaft behält und erhält.

Diese "fünfte Kolonne" wollen die Revisionisten nicht nur *ökonomisch*, sondern auch *politisch* weiterbestehen lassen. Denn auch ihre politische Organisation, die kleinbürgerlichen Parteien, sollen - ohne "unser" Programm und unsere Politik annehmen zu müssen - bestehenbleiben und

sich völlig ungebunden betätigen können. Fürnberg formuliert das zwar vorsichtig, aber doch ganz klar, wenn er erklärt:

> "Wenn wir ein Mehrparteiensystem auch im Sozialismus bejahen, entsteht naturnotwendig die Frage, ob dieses Mehrparteiensystem im Sozialismus unbedingt und naturnotwendig so verwirklicht werden muß, daß alle bestehenden Parteien in der Regierung vertreten sind, daß sie durch eine überparteiliche Organisation (Volksfront, Vaterländische Front usw.) zusammengeschlossen sein müssen und nur in Form dieser überparteilichen Organisation an Wahlen teilnehmen können." (S. 643)

In Zukunft muß das, wie Fürnberg meint, "durchaus nicht so sein". Aber was heißt das? Es heißt, daß die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien alle Möglichkeiten der demagogischen Irreführung und Zersetzung, der legalen Unterwühlung, des Manövrierens und Intrigierens, der Durchsetzung ihrer antisozialistischen Standpunkte (die ja beibehalten werden können), der faktischen Sabotage des sozialistischen Aufbaus und der Organisierung der Konterrevolution mit Hilfe des kapitalistischen Auslands haben sollen! Und diesesGemisch kleinbürgerlicher Demagogie, weltfremder Naivität und eines doppelbödigen Liberalismus wagt Fürnberg uns als sozialistische Demokratie, als Herrschaft der Arbeiterklasse zu empfehlen! Abgesehen davon, daß man auf Fürnbergs Wegen niemals zum Sozialismus käme, wäre die Befolgung seiner Ratschläge das sicherste Rezept, einen schon erkämpften Sozialismus im Handumdrehen wieder loszuwerden.

Um von der Unvereinbarkeit des bürgerlichen Mehrparteiensystems mit der sozialistischen Demokratie abzulenken, zieht Fürnberg wieder seine Siebenmeilenstiefel an und prophezeit:

> "Wenn die demokratischen Parteien in einem Land, in dem die Herrschaft des Monopolkapitals gestürzt ist, und zwar durch ihre gemeinsame Aktion, fest auf dem Boden der neuen Ordnung, also der sozialistischen Verfassung, stehen und alle Kräfte, die wieder zurück zur Herrschaft des Monopolkapitals wollen, mit den Mitteln der Staatsgewalt bekämpft werden, ist es möglich, daß sich neue Formen der Zusammenarbeit der demokratischen Parteien im Volk und im Parlament entwickeln." (S. 643).

Wenn! Wenn das so wäre, dann freilich wäre vieles möglich, aber einfach darum, weil wir es dann mit Parteien zu tun hätten, die sich von denen, die wir kennen und die heute existieren, radikal und grundsätzlich unterscheiden, in diametralem Gegensatz zu ihnen stehen! Die ganze Schiebung liegt in dem kleinen Wörtchen "wenn". Fürnberg spricht vorsichtig von "einem Land", hat aber natürlich Österreich im Auge. Wo gibt es in Österreich aber demokratische Parteien, die heute schon bereit sind oder es morgen sein könnten, durch "gemeinsame Aktion" mit den Kommunisten das Monopolkapital (und seinen Staat!) zu stürzen, die sozialistische Revolution durchzuführen, eine sozialistische Verfassung zu beschließen und die neue Staatsmacht im Sinne der proletarischen Diktatur (denn die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats wagt derzeit nicht einmal Fürnberg noch offen zu bestreiten) anzuwenden? Wo existiert in Österreich auch nur der Ansatzpunkt zu einer nichtkommunistischen Partei, deren Klassencharakter eine solche Handlungsweise möglich machen oder für die Zukunft erwarten ließe?

Es gibt in Österreich keine solche Partei und sie ist auch nicht in absehbarer Zeit zu erwarten. Fürnberg weiß das natürlich. Wenn er dennoch solche irrealen Perspektiven entwickelt, verfolgt er damit nur die konkrete Absicht, die Kommunisten von dem einzig zielführenden, dem revolutionären Weg des Kampfes um den Sozialismus abzubringen.

DIE MARXISTEN-LENINISTEN UND DAS MEHRPARTEIENSYSTEM

Die Frage, ob ein Mehrparteiensystem im Sozialismus bei voller Wahrung der Erfordernisse der Diktatur des Proletariats möglich ist, hat die Praxis bereits entschieden. Es existiert in einigen sozialistischen Ländern und hat sich dort - allerdings nur in der von Fürnberg als entbehrlich bezeichneten Form der Zusammenarbeit im Rahmen einer überparteilichen Organisation - im wesentlichen bewährt.

Die für uns aktuelle Frage ist aber nicht, ob und in welcher Form die Zusammenarbeit mehrerer Parteien beim Aufbau des Sozialismus, also nach dem Sieg der sozialistischen Revolution, möglich ist, sondern die Frage, ob überhaupt und unter welchen Bedingungen eine solche Zusammenarbeit auf dem Weg dahin, im Kampf zum Sturz des Kapitalismus und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats zustande kommen kann.

Auch hier hat die Praxis bereits Antworten geliefert. Die Zusammenarbeit kommunistischer Parteien mit anderen Parteien und Gruppierungen im Kampf gegen den Imperialismus und das Monopolkapital ist im Prinzip möglich. Sie ist vor allem in den von ausländischen Imperialisten ausgebeuteten und unterdrückten Ländern möglich, in denen der nationalrevolutionäre Kampf mit dem antiimperialistischen Befreiungskampf verschmilzt. In diesen Ländern gibt es in vielen Fällen auch nichtkommunistische Parteien, die im antiimperialistischen Kampf entstanden, erstarkt und gereift sind. Für diese Länder ist die Tatsache wesentlich, daß dort gewisse Interessen der nationalen Bourgeoisie mit den Interessen des Proletariats zusammenfallen.

Ein Bündnis auf der Grundlage des gemeinsamen Kampfes gegen den Imperialismus kann auch den Kampf um den Sozialismus erleichtern, führt bei richtiger Handhabung zumindest an den Kampf für den Sozialismus heran. Aber auch hier hat sich die Notwendigkeit gezeigt, sich keinen Illusionen über Charakter und Tendenzen der nationalen Bourgeoisie hinzugeben und die Gefahren zu erkennen, die sich aus der Angst dieser Bourgeoisie vor dem Erstarken der revolutionären Arbeiterbewegung ergeben.

Soll das Parteien-Bündnis in diesen Ländern die antiimperialistische, vorsozialistische Etappe der Revolution überdauern, so setzt das revolutionäre Änderungen nicht nur in den Programmen, sondern im ganzen Gefüge, im klassenmäßigen Wesen der nichtkommunistischen Parteien voraus.

Auch Ö s t e r r e i c h ist ein vom ausländischen Monopolkapital ausgebeutetes Land. Ist aber auch nur eine der in Österreich existierenden nichtkommunistischen Parteien im Kampf gegen das ausländische Monopolkapital entstanden und herangewachsen, hat auch nur eine von ihnen je einen ernsthaften Kampf gegen dieses Kapital geführt? Sind nicht vielmehr zwei von ihnen - die ÖVP und die FPÖ - mit hunderten Fäden engstens an das imperialistische Auslandskapital gebunden? Und ist nicht auch die SPÖ (wie z.Bsp. ihre Haltung zur EWG neuerlich zeigt) in unverkennbarer Weise mit ihm verknüpft?

Mag man es auch bedauern: Hier f e h l e n wesentliche Voraussetzungen eines gemeinsamen antiimperialistischen Kampfes der Kommunisten mit den bestehenden nichtkommunistischen Parteiführungen. Daran ändert auch die Tatsache, daß es in der SPÖ und in der ÖVP auch mehr oder minder patriotisch und antimonopolistisch eingestellte Mitglieder und Anhänger gibt, n i c h t s . Selbstverständlich kann - und soll - mit diesen Menschen eine gemeinsame Kampfbasis gefunden werden, aber eben mit diesen Mitgliedern und Anhängern, nicht aber mit den Parteien in ihrer Gesamtheit.

Später, nach dem Sieg der sozialistischen Revolution, wohl auch schon i m V e r l a u f der revolutionären Ereignisse selbst, kann es zu einem Kampfbündnis mit jenen Teilen oder Nachfolgeorganisationen heute bestehender nichtkommunistischer Parteien kommen, die sich im Feuer der Revolution u m g e f o r m t , auf die Seite des vorstürmenden Proletariats gestellt, seinem Kampf zumindest gewisse Sympathien entgegengebracht haben. Diese Parteien werden jedoch nur dem Namen nach, nicht aber ihrem Wesen nach dasselbe sein können wie das, was heute existiert! Das trifft im Prinzip übrigens auch bei allen nichtkommunistischen Parteien zu, die nach 1945 in einzelnen sozialistisch gewordenen Ländern im Rahmen einer überparteilichen Organisation an der Machtausübung mitwirkten oder beteiligt waren.

Die revolutionäre Änderung der Machtverhältnisse kann nur das Ergebnis der beharrlichen, planmäßigen und zielbewußten Arbeit der r e v o l u t i o n ä r e n P a r t e i der Arbeiterklasse sein.

Nur wenn die entscheidenden Teile der arbeitenden Bevölkerung in einer objektiv günstigen Situation von einer solchen Partei der revolutionären Avantgarde schon subjektiv auf sie vorbereitet und für sie bestens gerüstet sind, wird die Möglichkeit zum Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung zur Wirklichkeit gemacht werden können.

Dieser Weg scheint schwierig und lang zu sein. Die Geschichte hat aber bewiesen, daß man ihn gehen m u ß , weil es keinen anderen gibt, und daß er nicht nur der einzig zielführende, sondern oft bedeutend kürzer ist, als er zunächst schien.

Von all dem will Fürnberg, der das einer ganzen Parteigeneration immer wieder auseinandergesetzt hat, heute nichts mehr wissen. Er hat einen "neuen", bequemeren Weg gefunden, den Weg des Bündnisses mit den Führungen der "anderen demokratischen Parteien". Dieser Weg mag leichter scheinen, doch zum Sozialismus führt er n i c h t .

So ist Fürnberg heute eben dort angelangt, wo die österreichische Sozialdemokratie vor 1934 hielt. Auch sie sprach sich damals für eine "sozialistische" Demokratie aus, in der allen "demokratischen" Parteien volle Betätigungsmöglichkeiten ohne Änderung ihrer programmatischen Ziele, ihres Wesens und Charakters zugesichert, die Erhaltung eines breiten privatwirtschaftlichen Sektors auf lange Sicht versprochen und dem Monopolkapital nur für den Fall mit den Mitteln der Diktatur des Proletariats gedroht wurde, wenn es der friedlichen Entwicklung zu einer solchen "sozialistischen" Gesellschaft mit Gewalt entgegentreten sollte. Dieser "friedliche Weg zum Sozialismus" hat bekanntlich weder zum Frieden noch zum Sozialismus geführt, sondern zur Februarniederlage und zum Faschismus.

DIE EINHEIT DER ARBEITERKLASSE

Es ist kein Zufall, daß Fürnberg die für die Errichtung der Diktatur des Proletariats g r u n d l e g e n d e Frage der Einheit der Arbeiterklasse nur streift. Eine ernsthafte Untersuchung würde nämlich auch die Beantwortung der Frage erfordern: B r a u c h t d i e A r b e i t e r k l a s s e m e h r P a r t e i e n a l s e i n e ? Lenin hat diese Frage entschieden verneint. Er hat aber hinzugefügt, daß auch die B o u r g e o i s i e eine "Arbeiterpartei" braucht, nämlich eine Partei, die unter Verwendung sozialistischer Phrasen die Arbeiterklasse vom erfolgreichen Kampf um den Sozialismus a b h ä l t . Wir können verstehen, daß Fürnberg der Behandlung dieses für ihn sehr heiklen Themas lieber ausweicht, und daß er sich mit einem zu nichts verpflichtenden Lippenbekenntnis zur organisatorischen Einheit der Arbeiterklasse begnügt. Er schreibt:

> "Es bedarf keines Beweises, daß die o r g a n i s a t o r i s c h e E i n h e i t der Arbeiterklasse in einer politischen Partei sowohl den Kampf um die Stärkung und Erweiterung der Demokratie im Kapitalismus als auch den Aufbau des Sozialismus bei einem Mehrparteiensystem bedeutend erleichtert. Jedoch müssen wir von der r e a l e n , historisch e n t s t a n d e n e n Lage ausgehen, die eine solche Einheit, die auf einer i d e o l o g i s c h e n E i n h e i t beruhen muß, nicht so bald Wirklichkeit werden läßt. D i e i d e o l o g i s c h e u n d o r g a n i s a t o r i s c h e E i n h e i t i s t k e i n e u n b e d i n g t e V o r a u s s e t z u n g für den Erfolg des Kampfes, von dem wir gesprochen haben. Die p o l i t i s c h e Einheit der Arbeiterparteien, ihr gemeinsamer Kampf ist allerdings unbedingt notwendig." (S. 644).

Diese wenigen Sätze enthalten so viele konfuse Begriffe, Behauptungen und Schlußfolgerungen, daß es unmöglich ist, sich im Rahmen dieser Arbeit damit auseinanderzusetzen. Aber eine Teilfrage muß hier doch behandelt werden: Innerhalb welcher Grenzen ist die "p o l i t i s c h e" Einheit mit der SP möglich, solange keine i d e o l o g i s c h e Einheit der Arbeiterklasse besteht?

Halten wir zunächst fest, daß die Herstellung der ideologischen Einheit der Arbeiterklasse wohl von uns Kommunisten erstrebt wird, nicht aber von den Führern der SPÖ. Das liegt daran, daß die ideologische Einheit der Arbeiterklasse nur auf der Grundlage des Kampfes um die Hauptforderung und das G r u n d i n t e r e s s e der Arbeiterklasse errungen werden kann, also im Kampf um den Sturz der kapitalistischen

Gesellschaftsordnung und um die Errichtung der Herrschaft des Proletariats. Die Führung der SPÖ will - so viel sie auch von Sozialismus reden mag - gerade davon nichts wissen. Das tat sie, tut sie und wird sie weiterhin tun, denn darin besteht ja ihre historische Rolle.

Die Herstellung einer politischen Einheit mit der SP-Führung ist deshalb nur im Rahmen ihrer Manövrierfreiheit möglich, deren Grenzen eben dort liegen, wo der eigentliche Kampf um den Sozialismus beginnt. Sie ist also möglich bei der Durchsetzung gewisser wirtschaftlicher und politischer Reformen, die den Bestand des Kapitalismus nicht gefährden (ihn in einem gewissen Grade sogar sichern), bei der Verteidigung bürgerlich-demokratischer Rechte, wo sie bestehen und bedroht werden, oder in bezug auf das Ziel, eine bürgerlich-demokratische Staatsform herzustellen oder wiederherzustellen, wo sie noch nicht besteht oder beseitigt wurde - soferne dieser Kampf nicht die akute "Gefahr" heraufbeschwört, zu revolutionären Erschütterungen und damit zur proletarischen Revolution weiterzutreiben.

Daraus erklärt sich auch das verschiedenartige Verhalten der SPen verschiedener Länder zur gleichen Zeit und der gleichen SP zu verschiedenen Zeiten in der Frage der politischen Einheit mit den Kommunisten.

Wo und solange es um Ziele geht, die den Bestand des Kapitalismus und der bürgerlichen Demokratie nicht in Frage stellen, ist eine "politische Einheit" mit der SP-Führung möglich. Wo aber der Bestand des kapitalistischen Systems gefährdet erscheint, ist mit ihr nicht einmal ein gemeinsamer Kampf um die Erhaltung der bürgerlich-demokratischen Errungenschaften möglich. Deutschland vor Hitlers Machtantritt, der Bruch der französischen Volksfront durch Leon Blum und der Verrat der SP-Führer an der spanischen Republik - ganz abgesehen von der borniert antikommunistischen Haltung der österreichischen SP-Führung selbst noch am Vorabend des Februar 1934 - sind dafür überzeugende Beispiele.

Allerdings - eine politische Einheit mit der SP-Führung mag wohl in dem Kampf möglich sein, von dem Fürnberg schreibt, aber das liegt eben daran, daß ein Kampf mit solchen Zielsetzungen die Herrschaft des Kapitals nicht beseitigen und keinen Sozialismus bringen könnte. Er könnte lediglich dazu führen, die KPÖ in ein Anhängsel der SPÖ zu verwandeln, also der Bourgeoisie eine zweite "Arbeiterpartei" zur Verfügung zu stellen. Denn darauf laufen ja all die "neuen" Theorien Fürnbergs und seiner Freunde hinaus: auf das Einschwenken auf den alten Weg des Revisionismus und Reformismus unter Benützung modernisierter Argumente und Phrasen.

Vergleicht man Fürnbergs Konzept mit dem der sich sozialistisch nennenden Parteien, dann findet man in den Grundfragen eine frappierende Ähnlichkeit und nur einen Unterschied: sein Konzept ist womöglich noch prinzipienloser. Seine Anbiederungsversuche stellen nicht einmal mehr die formale Forderung nach irgendeiner Änderung der Zielsetzungen und Programme der anderen Parteien als Voraussetzung für die Änderung des Verhaltens der KPÖ zu ihnen. Mag die ÖVP weiter so reaktionär, klerikal und kapitalistisch bleiben, mag die SPÖ weiter

"jede Diktatur" ablehnen und von der Sozialpartnerschaft mit den Unternehmern begeistert sein. Fürnberg nimmt sie, wie sie halt sind, gerne als Bündnispartner an - wenn sie nur ihn als solchen nehmen wollen. Und diese prinzipienlose Packelei soll zum Sozialismus führen. Es ist schwer, sich einen größeren Stumpfsinn vorzustellen.

UND DIE ROLLE DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI ?

Es ist schließlich auch begreiflich, daß Fürnberg mit keiner Silbe die Frage nach der besonderen Aufgabe und Rolle der kommunistischen Partei erwähnt, obwohl das eine zentrale Frage des ganzen von ihm behandelten Fragenkomplexes ist. Er schweigt darüber, weil er die Aufforderung zum politischen Selbstmord, auf die seine gesamten neuen Theorien hinauslaufen, nicht offen ausplaudern möchte.

Wenn ohnedies die anderen Parteien, so große und einflußreiche wie die SPÖ und die ÖVP, immer mehr vom Sozialismus "erfaßt", von seiner Macht und seinem Beispiel angezogen werden, wozu sich dann noch mit der Stärkung der kleinen kommunistischen Partei abplagen. Wenn eine führende Rolle der Kommunistischen Partei schon entbehrlich geworden ist, warum dann nicht gleich die Partei auflösen, in die anderen Parteien eintreten und in ihnen darauf hinarbeiten, daß sie der Sozialismus noch rascher und noch gründlicher "erfaßt" ? Wozu von den Genossen verlangen, daß sie Arbeit und Beschwerlichkeiten, Nachteile und Opfer auf sich nehmen, um Mitglieder und Funktionäre der Kommunistischen Partei sein zu können, wenn auch der Weg, die Programme und Ziele der anderen Parteien für die Verwirklichung des Sozialismus herangezogen werden können und man mit ihnen letzten Endes ohnedies gemeinsame Sache macht?

Das Fazit: Begibt man sich auf die schiefe Ebene von Fürnbergs Konzept, dann hat die KPÖ mit ihrer besonderen Rolle und Aufgabe als revolutionäre Avantgarde des österreichischen Proletariats im Grunde auch ihre ganze politische Existenzberechtigung verloren und wird sie darum letzten Endes aufhören, als kommunistische Partei zu existieren.

Fürnbergs Konzept ist dasselbe Konzept des politischen Liquidantentums, des "Aufgehens" der Kommunisten in den anderen Parteien, insbesondere in der SP, das vom 18. Parteitag der KPÖ einmütig verworfen wurde. Es ist das unrühmliche Konzept Paul Frischauers, das Fürnberg damals selbst noch als verderblich abgelehnt hat.

●

Fürnberg hat seinen Artikel veröffentlicht, ohne daß die darin entwickelten verheerenden Theorien vorher auch nur im Zentralkomitee der KPÖ, geschweige denn in der Parteimitgliederschaft diskutiert worden wären. Sogar der Parteiführung bisher noch fast blind vertrauende Genossen waren über dieses antimarxistische Renegatentum entsetzt, das hinzunehmen und nachzuexerzieren man plötzlich von ihnen

fordert. Wie C h r u s c h t s c h o w versucht Fürnberg das, was er sich ausgedacht und rasch zusammengereimt hat, als "neue Erkenntnis" und "neue Theorie" der P a r t e i in die Welt zu posaunen, das so willfährige ZK und alle Parteileitungen "im Interesse der E i n h e i t der Partei" zur nachträglichen Billigung und Übernahme zu nötigen und so seinen Willen oder den seiner Einflüsterer der ganzen Partei aufzuzwingen. Chruschtschow wurde bei dieser Tätigkeit als untragbar verjagt. Hat die KPÖ noch das Recht, sich kommunistisch zu nennen, wenn ihr ein so selbstherrlicher Einpeitscher des plattesten Revisionismus wie Fürnberg noch als Zentralsekretär tragbar erscheint?

***